

# Amts- und Anzeigebatt

## für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. III. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Börsen sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Nr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstühzengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Untersühzengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Hörnspredner Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

60. Jahrgang.

Donnerstag, den 29. Mai

1913.

Nr. 121.

### Schweinezählung am 2. Juni 1913.

Nach Beschluss des Bundesrates vom 30. April d. J. hat am 2. Juni 1913 eine Zählung der Schweine stattzufinden.

Die Zählung erfolgt nach dem Stande vom 2. Juni 1913. Mit der Aufzeichnung sind die Schugleute beauftragt.

Die Besitzer von Schweinen werden um wahrheitsgetreue Angaben ersucht.  
Stadtrat Eibenstock, den 27. Mai 1913.

### Gewerbeschule Eibenstock.

An die umgehende Bezahlung des Schulgeldes für das 1. Viertel des Schuljahres 1913/14 — 2 Mr. — wird hiermit erinnert.

### Die neue Kriegsgefahr auf dem Balkan.

Man erinnert sich vielleicht eines alten Aphorismus, nach der ein Geistlicher in kriegsschwangerer Zeit zu trösten suchte. Der geistliche Herr soll etwa gesagt haben: erstens wird es gar keinen Krieg geben, sollte es aber zum Kriege kommen, so werden wir doch nicht davon berührt werden. Sollten wir aber von dem Kriege berührt werden, nun, dann würde er wohl nicht sehr schlimm werden; sollte er aber auch sehr schlimm werden, so hätte auch kein Trost etwas. In einer ähnlichen Tonart ergehen sich jetzt auch angesichts der neuen Gefahren auf dem Balkan die Diplomaten der Großmächte. So schwärzen wir ja auch nicht in die Zukunft, daß wir an eine baldige Wiederkehr der beängstigenden Novembertag des verlorenen und der noch drückenderen Apriltag dieses Jahres denken; denn solange sich die Balkanunter sich verprägeln, können die Mächte ruhig zusehen. In Wien ist man vornehmlich zuversichtlich gestimmt:

Wien, 27. Mai. In informierten Kreisen hält man es trotz der drohenden Nachrichten aus Belgrad und Sofia noch immer für wahrscheinlich, daß ein Ausgleich zwischen Serbien und Bulgarien aus der Basiszustande kommt, daß Bulgarien wohl eine Revision des Vertrags prinzipiell zustimmt, Serbien aber zugibt, daß Bulgarien die albanische Grenze erreicht, und sich zwischen Griechenland und Serbien einschiebt. Monastir und Ochrida dürfen also bulgarisch bleiben. Freilich gibt man zu, daß alle Vorauflagen in der Luft schwelen, da die Ereignisse stärker sein könnten, als der Willen der Diplomaten.

Der Schlusszähler dieser Meldung erinnert so recht an das obengeschilderte „Trostwort“. Auch die deutsche Diplomatie hegt noch keine befürchtungen:

Berlin, 27. Mai. In dem Streite zwischen Serbien, Griechenland und Bulgarien werden sich, wie in den Berliner diplomatischen Kreisen verachtet wird, die Mächte, falls die beiden Parteien die Annahme eines Schiedsgerichtspruches ablehnen, darauf beschränken, den beteiligten Regierungen zum Frieden zu raten. Von einem direkten Eingreifen der Mächte ist keine Rede.

„Nur in Rom ist man nicht heiter“, sondern hältts dort mit dem Sprichwort, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist:

Rom, 27. Mai. Nach dem „Corriere della Sera“ werden zum Schutz der italienischen Staatsangehörigen vier Kriegsschiffe in den nächsten Tagen nach dem südlichen ägäischen Meer abgehen und auch den türkischen Häfen in Kleinasiens einen Besuch abhalten.

Dass Serbien gewillt ist, seine Ansprüche in Mazedonien unter allen Umständen durchzusetzen, geht daraus hervor, daß Serbien, nachdem es eine Antwort auf das Verlangen nach Revision des Bündnisvertrages erhalten, die strittigen Gebiete annexieren wird, aber auch daraus, daß es fortgesetzt rüstet:

Belgrad, 27. Mai. Im Laufe der Woche dürfte die Entscheidung im Konflikt zwischen der bulgarischen und serbischen Regierung zu erwarten sein. In diesen Regierungskreisen wird erklärt, daß sofort nach Bekanntwerden dieser Entscheidung, wie sie auch ausfallen möge, Serbien zur Annexion der strittigen Gebiete schreiten werde. Das Gleiche könne von Griechenland gesagt werden.

Wien, 27. Mai. Der „Südostwischen Korrespondenz“ meldet man aus Belgrad, daß die serbische Regierung mit allem Nachdruck bemüht sei, eine Verschärfung der Krisis durch Zeitungsangriffe und parlamentarische Anklagebewegungen hinzuhalten. Zu beiden Fällen hätten die Bemühungen der Regierung bereits Erfolg auszuweisen. — Im Gegensatz zu anderweitigen Mitteilungen werde an amtlicher Stelle erklärt, daß das bulgarische Kabinett noch keine Antwort auf die durch den Gesandten Spalaiowitsch übermittelten Vorschläge gegeben habe. Es sei daher

verfrüht, schon in diesem Moment zu behaupten, daß Bulgarien die serbischen Wünsche ablehnen werde. Es beständen vielmehr Anzeichen dafür, daß das Kabinett in Sofia das weitgehendste Entgegenkommen zeigen werde in dem Bestreben, das Bundesverhältnis nicht zu gefährden. Inzwischen seje aber die Heeresverwaltung die militärischen Vorbereitungen mit aller Beschleunigung fort, um für alle Fälle gerüstet zu sein.

Wien, 27. Mai. Wie man dem „Neuen Wiener Abendblatt“ aus Belgrad telegraphiert, haben gestern abend in Belgrad Einberufungen der beurlaubten Reserveoffiziere zweiten Aufgebots zur sofortigen Meldung beim Kommando stattgefunden, was große Erregung und Beunruhigung hervorgerufen habe. Die ganze Nacht hindurch seien Posten per Bahn nach der Grenze dirigiert worden.

Über den Stand der Friedensverhandlungen geben nachstehende Meldungen bedeutsamen Aufschluß:

London, 27. Mai. Zu dem Empfang der Friedensdelegierten durch Sir Edward Grey wird noch mitgeteilt: Grey erklärte dem serbischen Delegierten Novakowitsch, daß dieselben Delegierten, welche nicht bereit seien, den Vertrag zu unterzeichnen, seien anderen Entschluß der Botschafter erwarten dürfen. Grey verlas sodann den Beschluß der Botschafter und betonte, daß die zwecklosen Verhandlungen schon eine Woche lang dauerten. Novakowitsch erwähnte, die Mitteilung Greys ändere die Lage vollständig. Er habe nicht alle Hoffnung verloren, eine Einigung zu erzielen, aber angesichts der neuen unerwarteten Haltung der Mächte müsse er den Beschluß seiner Regierung mitteilen und deren Antwort abwarten.

London, 27. Mai. „Reuter“ erfährt, in Greys Erklärung sei den Delegierten nicht nur zu verbieten gegeben worden, daß diejenigen, die den Vorfrieden zu unterzeichnen geneigt seien, es tun sollten, sondern auch, daß es ebenso zwecklos wäre, wenn die anderen Delegierten in England verblieben. Die Mitteilungen Greys haben in gewissen Balkanstreitkreisen große Überraschung hervorgerufen. Man mißt ihnen dort den ziemlich ausgesprochenen Charakter einer Intervention, nicht einer Mediation bei.

tage zugegangen. Die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs, der die bisherige Geheimhaltung auszubauen will, sind folgende: Militärische Geheimnisse im Sinne des Gesetzes sind Schriften, Zeichnungen, andere Gegenstände und Nachrichten, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist. Wer vorsätzlich ein militärisches Geheimnis an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reichs gefährdet, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis von einem bis zu zehn Jahren bestraft. Hat der Verrat eine bedeutende Gefahr für die Sicherheit des Reichs zur Folge gehabt, so kann auf lebenslanges Zuchthaus erkannt werden. Das gleiche gilt, wenn das Geheimnis dem Täter in seiner Eigenschaft als deutscher Beamter oder deutsche Militärperson zugänglich war. Wer ohne den Vorwurf, die Sicherheit des Reiches zu gefährden, ein militärisches Geheimnis verrät, wird mit Gefängnis oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Wer sich militärische Geheimnisse verschafft, um die Sicherheit des Reiches zu gefährden, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft. In mildernden Fällen tritt eine Strafe bis zu drei Jahren ein. Es werden weitere Strafen festgesetzt für gemeinsamen Verrat (Zuchthaus bis zu fünf Jahren), für unrichtige Personalangaben in Festungen, wenn der Verdacht des Landesverrats vorliegt, für fahrlässige Veröffentlichung von Geheimnissen, Verrat in Kriegszeiten. Geldstrafen werden erhoben bei Verstößen gegen militärische Verbote, bei unbefugtem Photographieren von militärischen Anlagen. Begehrte Beamte verräte Handlungen, so verschärften sich zum Teil die Strafen.

— Die erste Lesung der Wehrvorlage beendet. Die Budgetkommission des Reichstages erledigte am Dienstag in ganz kurzer Sitzung die zur Wehrvorlage vorliegenden Petitionen. Damit ist die erste Lesung der Wehrvorlage beendet. Nächste Sitzung Mittwoch mit der Tagesordnung: Zweite Lesung der Wehrvorlage. Erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. den Wehrbeitrag und die übrigen Deckungsvorlagen. Zu welcher Reihenfolge diese Tagesordnung beraten werden wird, wird die Kommission erst am Mittwoch beschließen.

Zweierlei Maß. Vor kurzem war in dem amtlichen Bericht über ein Gefecht in unsern Kolonien nur der Name eines getöteten Vizefeldwebels genannt, der eines gleichfalls gefallenen Soldaten aber nicht angegeben. Darüber entrüstete sich der „Vorwärts“ gewaltig und warf der amtlichen Berichterstattung vor, ihr erscheine der Name eines in Kolonialkämpfen gefallenen Gemeinen so werktos, daß sie ihn der Namensnennung nicht würdig halte. „Der Chargierten Namen funfeln, der Gemeine bleibt im Dunkeln.“ — reimte das Blatt in einem Spottgedicht. Von amtlicher Stelle wurde der erhobene Vorwurf damit zurückgewiesen, jedermann wisse, daß wir in unserer Schuttruppe nur eingekreoste als Gemeine und Gefreite haben: der Name eines Schwarzen interessiert, aber lediglich in der Kolonie selbst, nicht jedoch in Deutschland. Von einer Geringstähmung der Gemeine sei also ganz und gar keine Rede, sondern nur von einer jedem Verständigen recht verständlichen Unterscheidung zwischen zwei Interessengruppen. Aber was das sozialdemokratische Zentralorgan der amtlichen Berichterstattung grundlos zum Vorwurf mache, beginnend es kurz darauf absichtsvoll selbst, als es aus Motiven niedrigsten „Massenbewußtseins“ in einem Bericht den Namen des Leutnants Dittmar unterdrückte. Leutnant Dittmar vom Magdeburgischen Pionierbataillon Rummer 4 war in einen Charlottenburger Kanalisationsschacht gestiegen, um unter Lebensgefahr vier Arbeiter zu retten, die, wie wir miedeten, durch giftige Gase getötet wurden. Der „Vorwärts“ konnte diese Tatsache selbst nicht unterdrücken; aber in dem Bericht, der ihm gleich der

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

Kaiser Wilhelm häuft nicht nach England. Die „Kölnische Zeitung“ berichtet aus Berlin: Englische Blätter haben aus Portsmouth gemeldet, dort wäre für den Monat August eine Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem König Georg von England verbunden mit einer deutsch-englischen Flottenparade zu erwarten. Nach unseren Erfahrungen an Stellen, die darüber unterrichtet sein könnten, finden diese Angaben keine Bestätigung.

Abreise des britischen Königs. Gegen halb 6 Uhr am Dienstag erfolgte die Abfahrt des Königs und der Königin von England nach dem Lehrter Bahnhof in Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin geleiteten ihre hohen Gäste. Im ersten Automobil hatten der Kaiser, der die Uniform seines Württembergischen Dragonerregiments „Königin Olga“ trug, und der König in der Uniform seines 1. Garde-Dragonerregiments Platz genommen. Im zweiten Automobil fuhr die Kaiserin mit der Königin. Das Gefolge und der Ehrendienst der englischen Herren waren vorausgefahren. Die Abreise vom Lehrter Bahnhof erfolgte um 5 Uhr 35 Minuten über Bremen nach London. Der Kaiser und die Kaiserin begaben sich vom Lehrter Bahnhof nach dem Neuen Palais.

Der Entwurf gegen den Betrieb militärischer Geheimnisse ist dem Reichs-





